

PB.L-01-175 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Antragsteller*in: Johannes Mehrer (KV Marburg-Biedenkopf)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 174 bis 178:

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu ~~streben~~führen wir ~~neben der Senkung der EEG-Umlage~~ ein Energiegeld anein, das jede*r Bürger*in erhält. ~~Über das Energiegeld~~Mit dieser Zahlung geben wir alle zusätzlichen CO₂-Einnahmen an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf. Dies ergänzt die teilweise steuerfinanzierte Senkung der EEG-Umlage. So kann man mit Klimaschutz Geld verdienen und es findet ein sozialer Ausgleich im System

Begründung

Die Formulierung „streben... an“ ist zu weich, um ein Energiegeld wirklich zu fordern. So drückt „führen wir ein Energiegeld ein“ besser aus, dass das Energiegeld auch tatsächlich realisiert wird. Wesentlich ist ebenfalls die Ergänzung "teilweise steuerfinanziert", damit deutlich wird, dass alle, aber auch der Staat, die EEG-Umlage mitfinanzieren.

weitere Antragsteller*innen

Falco Weichselbaum (KV Bonn); Baukje Dobberstein (Hannover RV); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Viktor Makowski (KV Oberhavel); Elke Struzena (KV Fürstenfeldbruck); Martin Greifenstein (KV Landsberg-Lech); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); Eiko Saathoff (Hannover RV); Lauren Schubbe (KV Wuppertal); Sonja Daniels (KV Neuwied); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Ilona Borszik (KV Chemnitz); Sebastian Illigens (KV Bremen-Mitte); Ulrike Bues (KV Pinneberg); Barbara Mecking (KV Steinburg); Holger Schmidt-Endres (KV Fürstenfeldbruck); Klaudia Stürmer (KV Esslingen); Michaela Dämmrich (KV Stormarn); Gerd Weichert (KV Dithmarschen)